



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung:

# Die Ablehnung des flächendeckenden Tarifvertrags für die Altenpflegebranche ist eine schallende Ohrfeige für die Pflegekräfte

**Olching, den 25.02.2021**

**Michael Schrodi, MdB**

Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

**Die Pläne von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sahen vor, den Anfang Februar zwischen der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) und der Gewerkschaft Ver.di geschlossenen Tarifvertrag auf die gesamte Altenpflegebranche auszuweiten. Für die 1,2 Millionen Beschäftigten hätte dies Lohnsteigerungen von bis zu 25 Prozent bis zum Jahr 2023 bedeutet. Diese Pläne sind nach großem Widerstand von Arbeitgeberverbänden und privaten Anbietern nun auch durch die Ablehnung der kirchlichen Wohlfahrtsverbände gescheitert.**

„Es wäre eine historische Chance für diese Branche gewesen“, zeigt sich Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Fürstenfeldbruck und Dachau, fassungslos über diese Entscheidung. „Da reden wir seit Monaten über die Corona-Helden in der Pflege und darüber, dass Klatschen nicht reicht. Und dann wird ein Tarifvertrag, der endlich für eine angemessene Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenpflege sorgen würde, von den Arbeitgebern mutwillig zerschossen!“

Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag hätte bedeutet, dass die zwischen Ver.di und dem BVAP ausgehandelten Regelungen auch für Betriebe gegolten hätten, die konkurrierenden Arbeitgeberverbänden angehören. Im Vorfeld der Entscheidung hatten sich unter anderem die großen Arbeitgeberverbände, der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) und der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (BPA), gegen die Pläne ausgesprochen. Rainer Brüderle, BPA-Präsident und ehemaliger FDP-Wirtschaftsminister, bezeichnete einen solchen Tarifvertrag als überflüssig. Die Verbände sprechen dem kleineren Verband BVAP das Recht ab, für die Branche handeln zu können und hatten bereits eine Klage vor Gericht gegen einen solchen Vertrag angekündigt. Sie favorisieren die Arbeit der Pflegekommission, die zuletzt neue Mindestlöhne in der Pflege beschlossen hatte.



„Ein Mindestlohn in der Pflege definiert nur die unterste Grenze. Das ist noch kein Lohn, der eine faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und eine ausreichende Rente garantiert. Dafür brauchen wir Tarifverträge. Der Tarifvertrag der BVAP ist der größte Flächenvertrag, den wir in der Branche haben und damit eine gute Grundlage für einen allgemeinverbindlichen Vertrag“, stellt Michael Schrodi klar. Auch das Argument der Verbände, die steigenden Lohnkosten würden zu einer höheren Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen führen, lässt er nicht gelten: „Die geplante Reform der Pflegeversicherung sieht eine Deckelung der Beiträge der Pflegebedürftigen und höhere Steuerzuschüsse für die Pflegeversicherung vor. Gesundheitsminister Spahn muss hier endlich liefern und die Reform noch vor Ende der Legislatur umsetzen. Die Finanzierung aus der Pflegeversicherung muss verbindlich an Tarifverträge gebunden werden. Wir können doch nicht ernsthaft die Altenpflege auf Kosten der Beschäftigten günstig halten wollen.“

Um die Pläne für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag umzusetzen, hätten laut Gesetz aber auch die Wohlfahrtsverbände der Kirchen – Caritas und Diakonie – zustimmen müssen. Obwohl beide Organisationen sich seit Jahren für tarifliche Regelungen in der Branche einsetzen und sie von ihnen selbst nicht direkt betroffen wären, hat die Caritas sich heute gegen die Pläne ausgesprochen. Das Votum der Diakonie soll morgen erfolgen, doch auch dort ist eine Ablehnung wahrscheinlich. Dazu Schrodi: „Es geht hier noch nicht einmal um die Inhalte des Vertrags. Die kirchlichen Verbände, die ihre eigenen Pflegekräfte ordentlich bezahlen, fürchten nur um die arbeitsrechtlichen Sonderrechte der Kirchen und stellen sich dafür gegen bessere Löhne für die gesamte Branche. Es ist unfassbar. Wir beginnen jetzt wieder von vorne und das kostet Zeit.“